

# Krafter Zeitung.

Nr. 51.

Montag, den 3. März

1862.

Die „Krafter Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafter 4 fl. 20 Kr., mit Verfrachtung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Kr. berechnet. — Inserationsgebühren im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 9 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafter Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planken. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

## Amtlicher Theil.

Nr. 1421.

Der Geistliche Stanislaus Slotwinski, Mitglied des Krafter Wohlthätigkeits-Vereins, hat den Betrag von 25 fl. österr. W. zu Gunsten des Vereinsfonds erlegt.

Diese milde Spende wird in Folge hohen Statthalter-Erlasses vom 16. Jänner d. J. 2502 mit dem Ausdruck der Anerkennung zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

K. k. Kreisbedörde.

Krafter, den 27. Februar 1862.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 18. Februar d. J. dem Fabrics- und Buchdruckermeister in Prag, Andreas Haase, die Bewilligung allergründig zu ertheilen geruht, den ihm verliehenen ökonomischen Welschbüchsen-Orden zweiter Klasse anzunehmen und tragen zu dürfen.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. Februar d. J. dem Corporal, Anton Bauer, des Militär-Hengsten-Depots für Siebenbürgen, in Anerkennung des von ihm betheiligten Muthes bei der Rettung eines Menschen vom Tode des Ertrinkens, das silberne Verdienstkreuz allergründig zu verleihen geruht.

## Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

Der Oberlieutenant-Auditor, Franz Sies, zum Obersten Auditor und Referenten beim Militär-Appellationsgerichte; der Major-Auditor, Wilhelm Schütz, zum Oberlieutenant-Auditor;

der Hauptmann-Garnisons-Auditor, Pantraz Ranzler, zum Major-Auditor, und  
der Hauptmann erster Klasse, Anton Kohl-Eder v. Ghal-Lavár, Platzcommandant zu Großwardein, zum Major und Platzcommandanten zu Kaschau.

Verleihungen:

Den pensionirten Hauptleuten erster Klasse: Johann Roessgen und Michael Blafel, der Majors-Charakter ad honores.

Pensionirungen:

Der Oberlieutenant, Ludwig Möring, des Uhlans-Regiments Graf Civalart Nr. 1; dann  
der Major und Platzcommandant zu Kaschau Rajetan Verzevich de eadem in den wohlverdienten Ruhestand mit Oberlieutenants-Charakter ad honores.

Quittirungen:

Der Oberlieutenant vom Armeestabe, Emerich Graf Sznayd, bei gleichzeitiger Enthebung von der Stelle eines ersten Stallmeisters Sr. k. k. Apostolischen Majestät auf seine Bitte mit Beibehalt des Militär-Charakters.

Bei der am 1. März d. J. stattgehabten 352. und 353. Verlosung der älteren Staatsschuld sind die Serien Nr. 469 und 246 gezogen worden. Die Serie 469 enthält die böhmisch-sächsischen Aerial-Obligation Nr. 164.856 im ursprünglichen Zinsfuß von 4 pSt. mit einem Zweihundertsteigigen der Capitalabzehrung und nied. österr. sächsischen Aerial-Obligationen vom Zinsfuß ad. 30. April 1.67 im ursprünglichen Zinsfuß von 4 pSt. und zwar von Nr. 23.450 bis einschließlich Nr. 23.650 und von Nr. 23.659 bis einschließlich Nr. 25.09; mit dem ganzen Capitalabzehrung und Nr. 23.658 mit einem Fünftel der Capitalabzehrung im Gesamt-Capitalabzehrung von 1.247.647 fl. 20 Kr. 6 H.

Die Serie 246 enthält Hofcammer-Obligationen von verschiedenen Zinsfuß u. zw.: Nr. 80.220 mit einem Zehntel, Nr. 81.501 mit einem Achtel, Nr. 83.996 mit einem Sechstel und Nr. 83.638 bis einschließlich Nr. 83.994 mit dem Ganzen des Capitalabzehrung, ferner die Allerhöchsten Schuldverschreibungen Nr. 1 mit einem Fünftel und Nr. 2 und 3 mit dem Ganzen des Capitalabzehrung in der Gesamt-Capitalabzehrung von 1.131.459 fl. 44 Kr.

Von der k. k. Direction der Staatsschuld.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafter, 3. März.

Die Note des Grafen von Bernstorff vom 14. Februar wird, nach der „A. Z.“, von Oesterreich und den demselben beigetretenen Regierungen nicht in der Form idealischer Noten erfolgen. Jede Regierung wird eine besondere Rückantwort überreichen lassen. Diese Antworten sollen übrigens sämmtlich den — auch von dem Dresd. Journal bereits ausgedrückt — Wunsch enthalten: daß es gelingen möge, eine Basis aufzufinden, welche geeignet erscheinen könnte, unter Betheiligung aller Bundesregierungen zu einer gemeinsamen Reform der Bundesverfassung zu gelangen. Die Antwort der sächsischen Regierung soll bereits nach Berlin abgegangen sein. (Wie ein Telegramm aus Wien meldet, soll auch die Antwort des Grafen Rechberg auf die letzte preussische Note bereits abgegangen sein.) Ein officieller Correspondent des „H. Corr.“ analysirt die Hannoverische Antwort auf die letzte Depesche des Grafen Bernstorff. Es versteht sich, daß die

Antwort durchweg ablehnend ist. In Betreff des engeren „Bundesstaates“ wird behauptet, daß der „Bundesstaat“ der Note vom 20. Dezember durchaus kein solcher sei. Ein Verein von Staaten, in welchem einem der Einzelstaaten das Eigenthum oder die Ausübung der Bundesgewalt, einem theilnehmenden Staate die Souveränität über die anderen übertragen würde, zumal bei monarchischer Spitze verdiene schon die Bezeichnung „Reich“. Die Geschichte führe bisher kein Beispiel eines „derartigen Bundesstaates“ auf. In wirklichen Bundesstaaten habe die Bundesgewalt ihre Gewalt in der Souveränität der Nation und aus der Wahlaction dieser Basis gehe die Bundesregierung periodisch hervor, aber ohne das letztere dabei an irgend einem Theile des Bundesstaates theilhaft. Die vorgeschlagene Vereinigung erzeuge eine Souveränität für Preußen und ein Vasallenthum und untergeordnetes Verhältniß für die übrigen Staaten, welchen letzteren noch dazu der Schutz und die Garantie abgehen würde, die die alte Reichsverfassung den Ständen geboten, auch nicht die Theilnahme gewähren dürfte, welche die alten Stände am Reichsregimente gehabt. Eine solche Neuerung verletze die Bundesverträge, laufe den Bestimmungen des Pariser Friedens und des Wiener Congresses zuwider, welche Unabhängigkeit der Staaten und ein Bundesverhältniß neben einander haben wollten.

Bekanntlich sind jetzt kurz nach einander zwei gleichlautende Erklärungen, beziehentlich Auforderungen und Verwahrungen sehr kategorischen Inhalts in Kopenhagen abgegeben worden, worüber Oesterreich und Preußen der Bundesversammlung Bericht erstatten und die Genehmigung der gehaltenen Schritte bei derselben beantragen werden. Das „Dr. Journ.“ schreibt darüber: Eine auswärtige Einmischung in diese Angelegenheit ist bis jetzt nur von Seiten Schwedens versucht worden, welches die scandinavische Partei in Dänemark dadurch zu kräftigen und stärker an sich zu ziehen hofft. Schweden hat für den Fall einer Bundesexecution nicht allein mit Besetzung der Inseln gedroht, sondern auch die Einmischung der drei andern Großmächte zu provociren gesucht. Zwischen St. Petersburg und Stockholm bestehen aber nicht freundliche Beziehungen, und am wenigsten möchte Rußland schwedischen Plänen in die Hände arbeiten. Die Zurückweisung, die Schweden von dorthier erfahren, ist deshalb die nachdrücklichste gewesen, doch hat auch England zu einer ruhigen Haltung ermahnt und Frankreich eben so wenig eine Aufmunterung gegeben. Ueberdies haben diese drei Cabinette anerkannt, daß Dänemark in den Jahren 1851—52 Verbindlichkeiten in Betreff Schleswigs eingegangen sei, die nicht erfüllt worden sind. Aus diesen Äußerungen geht mindestens so viel hervor, daß Dänemark keiner Unterstützung gewiß ist, wenn es zur Erfüllung vertragmäßiger Pflichten gehalten werden müßte. Leider ist aber das Gegentheil eben so wenig gewiß. Uebrigens schreibt die „A. Z.“: Nach Mittheilungen, die uns von verschiedenen Seiten zugehen, bestätigt es sich vollkommen, daß die Vertreter von England, Frankreich und Rußland in Kopenhagen in Folge im Wesentlichen übereinstimmender Instructionen ihrer Regierungen zwar einzeln, aber, nachdem sie mit einander Rücksprache genommen und den Schritt gemeinschaftlich verabredet hatten, an den Minister Hall die Frage gerichtet haben, was Dänemark in Betreff der Verpflichtungen von 1851 und 1852, wie sie von den deutschen Mächten angenommen — nach einer anderen Version: behauptet — würden, zu thun gedente? Es folgt hieraus, daß das Dementi der Berliner Zeitung, wie gleich vermuthet wurde, sich auf die Form der Nachricht bezog.

Nach der „Independance“ hat Herr v. Thounenel auf die Reclamation des Fürsten Metternich gegen die Red: des Prinzen Napoleon geantwortet, indem er jede Verantwortlichkeit der Regierung ablehnte und versprach, die erste Gelegenheit zu benützen, um die vortrefflichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich öffentlich zu constatiren.

Der Prinz Napoleon will seine Rede in einer Broschüre veröffentlichen.

Wie es heißt, soll auch zwischen den Hansestädten und Frankreich ein Handelsvertrag im Anschluß an den Vertrag zwischen Frankreich und dem Zollverein zu Stande kommen.

Die französische Regierung hat mittelst einer neuen Note dem Bundesrath beifügig Beilegung des Conflicts von Ville-la-Grand Theilung der Kosten in der Art vorgeschlagen, daß Frankreich ein Drittel und die Schweiz zwei Drittel derselben tragen soll. Der Bundesrath wollte bekanntlich Theilung zu gleichen Hälften. Dieses Markten fängt an widerlich zu werden.

Der französische Gesandte in Turin, schreibt

man der Fr. P. Z., hat Ricassoli wegen der Unversetzungen und Bewaffnung von Freischärlern, die überall ganz offen betrieben werden, interpellirt. Der letztere soll in Abrede gestellt haben, daß die Regierung irgend wie dabei theilhaftig sei, mit dem Versprechen Maßregeln dagegen ergreifen zu wollen. Diese werden aber wahrscheinlich der Art sein, daß dadurch die Actionspartei nicht im Geringsten gehindert ist, ihre Missionen fortzusetzen, gerade so wie es bei den antipapistischen Demonstrationen der Fall ist.

Zu dem seit einiger Zeit zwischen der Türkei und Preußen mit dem Zollverein verhandelnden Handelsvertrage fehlten die Zustimmung einiger Regierungen. Diese sind in den letzten Tagen in Berlin eingetroffen. Die Unterzeichnung des Vertrags wird in nicht ferner Zeit erwartet. Der Vertrag enthält ähnliche Bestimmungen wie der zwischen der Türkei und Frankreich, sowie auch England abgeschlossene. Die Ausfuhrabgabe namentlich wird danach von 12 pSt. auf 8 pSt. vermindert.

Die Nachricht über die bevorstehende Abreise des Herzogs von Brabant wird von officieller Seite bestätigt. Der Prinz geht jedoch nach Spanien. Er wird sich ohne seine Gemahlin am 4. März in Southampton einschiffen und am 8. in Gibraltar intressen, von wo aus er sich nach Sevilla begibt, um dort das Palais seines Onkels, des Herzogs von Montpensier, eine Zeit lang zu bewohnen.

Wie der Hamburger „B. H.“ aus Stockholm, 24. Februar, geschrieben wird, hat der König in einem zusammengetretenen (schwedisch-norwegischen) Staatsrath, unter Zustimmung sämmtlicher Staatsräthe, beschlossen, daß keine Revision des Unions-Vertrages für jetzt stattfinden solle, daß die Angelegenheiten, welche bisher eine ähnliche gemeinsame Berathung hervorgerufen haben, im zusammengetretenen Staatsrath vorgebracht werden sollen, und daß alle, die Behandlung der Revisionsfrage bis jetzt beleuchtenden Acten gedruckt und auf angemessene Weise vertheilt werden sollen.

Die Gothenburger Handelszeitung theilt mit, daß der Kaiser Napoleon eine Einladung zum Besuch des Uebungslagers angenommen hat, welches zum Sommer in der Nähe von Stockholm errichtet werden soll. Der König von Dänemark wird, nach demselben Blatt, ebenfalls dort eintreffen.

Nachrichten aus St. Louis zufolge ist der König von Cayor, der Bundesgenosse Frankreichs, durch eine Palast-Revolution aus seinem Staate vertrieben worden. Der französische Gouverneur ist mit drei Vols und einem Bataillon Senegal-Sirailleurs demselben zu Hülfe geeilt.

Nach der „Newport Tribune“ vom 10. Februar sind in Amerika abermals Briefe von Cobden, Bright, dem Herzoge von Argyll und anderen Mitgliedern der liberalen Partei Englands angekommen, mit der Mahnung, daß, wenn nicht bald etwas geschehe, um den Beweis zu liefern, daß der Norden die Kraft besitze, den Aufstand des Südens zu unterdrücken und ernstlich an Bekämpfung der Sklaverei denke, die Sympathie der englischen Liberalen sich verflüchtigen und die Anerkennung der Süds-Conföderirten unausbleiblich werden würde.

Ueber die Verhandlungen zwischen Staat und Bank schreibt die „Wiener Zeitung“:

Bei den Verhandlungen zwischen der Staatsverwaltung und der Nationalbank waren mehrfach Aufgaben zu lösen, die berechtigt und dringend, aber divergirend und nicht leicht zu versöhnen gewesen sind; nämlich die Erfüllung der Verbindlichkeiten der Staatsverwaltung gegen die Bank und die aus der Lage der Staatsfinanzen entspringenden Erfordernisse; die Herstellung der Landeswährung mit Garantien gegen deren zukünftige Entwerthung und die Rücksichten auf die bestehenden Verkehrsverhältnisse der Monarchie. Es war unter den Umständen der Gegenwart in der That schwer, einer dieser Aufgaben gerecht zu werden, ohne die ihr gegenüberstehenden zu vernachlässigen. Um so glücklicher ist es, wenn das Resultat, zu welchem man gelangt ist, wesentlich in jeder Richtung in Aussicht stellt. Das Bankprivilegium soll nicht deswegen verlängert werden, weil der Staat darin auch ein Mittel findet, sein Schuldverhältniß gegen die Bank nach Convenienz zu regeln und zugleich denjenigen Theil seines diesjährigen Geldbedarf zu befriedigen, welcher durch die Steuerschuld nicht aufgebracht werden kann. Nimmt man aber an, daß der für eine weitere Reihe von Jahren gesicherte Fortbestand der Bank mit einem Statut, welches ihre volle Unabhängigkeit und verstärkte Gewähr für ihre Solvenz, den Interessen des gesamten Verkehrs aber von Seite der Bank

erweiterte Leistungen bietet, eine Bedingung der Consolidirung des öffentlichen Vertrauens in die Bank, wie der Wiederherstellung und Erhaltung der geschlichen einheitlichen Landeswährung ist, so darf man es glücklich nennen, daß beide Zwecke verbunden werden konnten.

Uebrigens eröffnet schon das Statut vom Jahre 1841 im letzten §. (60) der Bank die Aussicht auf eine weitere Verlängerung ihres Privilegiums, und der Umstand, daß sie durch die politischen Bedrangnisse des Staates im Jahre 1859 in ihre gegenwärtige Lage versetzt worden ist, konnte das Anrecht dieser Aussicht wohl nicht abschwächen. Nach ihrem Reglement war die Frage: ob deshalb bei der Staatsverwaltung das Ansuchen gestellt werden sollte, mit Ende des Jahres 1863 durch den Bankauschuß zu erledigen. Es findet also keine wesentliche Verdrückung statt, wenn die Verlängerung im Jahre 1862 bewilligt wird, und an die Möglichkeit, daß die Auflösung der Bank im Jahre 1863 hätte beschlossen werden können, denkt wohl Niemand ernstlich, welcher zu ermessen fähig ist, was die Liquidirung eines solchen Institutes bedeute und welchem die materiellen Interessen des Reiches am Herzen liegen. Statt die Bank zur Strafe dafür, daß sie im Jahre 1859 zu viel für den Staat geleistet hat, im Jahre 1863 in Liquidation zu erklären, ist es daher, so wie der Klugheit auch der Billigkeit gemäßer, daß ihr Privilegium im Jahre 1862 unter Bedingungen verlängert werde, welche eine Wiederholung übermäßiger Leistungen zu verhindern und vermehrte Vorsicht in der Bedeckung der Noten zu bewirken geeignet sind.

Ob der Entgelt, welchen die Bank dem Staate für diese Verlängerung leistet, sowohl in Ansehung der Verpflichtungen der Bank als ihrer Ertragnisse in Wahrheit und Ausmaß ein richtiger sei, kommt zunächst in Betracht.

Die Bank besitzt ein Actiencapital von 110 Millionen, überdies einen Reservefond, welcher auf ihren Büchern mit 10 Millionen beziffert ist, und wolle man nach den Abschreibungen der beiden letzten Jahre den gesamten Effectenbesitz der Bank zu dem heutigen Coursverthe annehmen, die sich gegen den verbuchten Werth ergebende Differenz aber am Reservefond abschreiben, so würde wohl noch immer ein mehr oder weniger beträchtlicher Theil dieses letzteren übrig, das Actiencapital aber jedenfalls intact bleiben. Wir glauben nun, daß, wenn die Bank dem Staate von diesen 110 Millionen fernerhin 80 Millionen belässt, d. h.  $\frac{8}{10}$  ihres eigenen Capitals, über welches sie im normalen Zustande verfügen kann, ohne dafür eine einzige Note in Umlauf zu halten, oder daß, wie hier der Fall ist, wenn die Schuld des Staates bis auf 80 Millionen zurückgezahlt wird und nicht weiter, darin durchaus keine Gefährdung der Verpflichtungen der Bank in Betreff der Noten zu besorgen ist. Gebahrt die Bank so wie sie soll, so kann von sämmtlichen 110 Millionen und dem Reservefond nur so viel für die Notenbedeckung etwa erforderlich werden, als durch mögliche Verluste in dem statutenmäßigen Geschäftes absorbiert werden könnte; die Erfahrung lehrt, daß dergleichen Verluste selten beträchtliche sind.

Was die Einwirkung auf die Bankertragnisse betrifft, so halten wir dafür, daß mit der Verzinsung zu 2 pSt. ein billiges Maß festgesetzt wurde; nimmt man den durchschnittlichen Banknotenumlauf zu 350 Millionen an, so wäre der durch die Schuld von 80 Millionen zu 2 pSt. dem Staate überlassene Vortheil gleich mit etwa 25 pSt. des reinen Nutzens, den die Bank aus der Notencirculation zieht.

Die Ueberlassung eines solchen Theiles des Gewinnes ohne Betheiligung an dem möglichen Verluste darf als ein beiden contrahirenden Parteien gerechter Entgelt für die Uebertragung des Hoheitsrechtes zur Hinausgabe convertibler Noten als Geld an die Bank während der Dauer ihres Privilegiums betrachtet werden.

Die Ueberlassung der zwei Dritttheile des Ertrages der 123 Millionen Obligationen des 1860er-A. lehens ist die Folge davon, daß die stehenden 80 Millionen eine eigene der Natur dieses Darlehens entsprechende Bedeckung erhalten, während die Bank alle ihre übrigen Bedeckungen bis zur Rückzahlung der Schuldtheile, für welche sie haften, unverändert behält. Die im Uebereinkommen sind es, welche die baldige festgesetzten und allmähliche Herstellung der Landeswährung erzielen. Der Zeitraum, innerhalb welches sie zu erfolgen haben, war zwar mit Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen zu bemessen, ist jedoch ein solcher, daß er in Berücksichtigung der gegenwärtigen



Verhältnisse des Geldverkehrs und des Umlandes, daß der Staat den Geldmarkt seinerseits in Anspruch nehmen muß, kaum im voraus wirksamer hätte bestimmt werden dürfen, ohne Erschütterungen herbeizuführen, welche stets und selbst auf dem Wege der Besserung möglichst zu vermeiden sind.

Dem Uebereinkommen zufolge hat die Bank den Erlös von 41 Millionen 1860er Obligationen zu erhalten. Man darf nach den heutigen Ausichten annehmen, daß ihr hierdurch die ersten Rückzahlungen zufließen werden, und zwar in Betracht der Absichten der Finanzverwaltung ratenweise mit einem von der Parität des Nennwerthes nicht entfernten Gesamtbetrage; wollte man jedoch nur den Cours von 90 zu Grunde legen, so wären es 36.9 Millionen, welche beiläufig in Jahresfrist der Bank aus den 1860er Obligationen in Noten zufließen können. Von der ältesten Schuld sind ihr nach den betreffenden Tilgungsnormen zurückzuzahlen:

in 1862 . . .	4 Millionen
" 1863 . . .	4.6 "
" 1864 . . .	4.7 "
" 1865 . . .	4.9 "
" 1866 . . .	5.2 "

23.4 Millionen.

Die Silberschuld von 20 Millionen hat die Staatsverwaltung binnen eines Zeitraumes, welcher, wenn das Uebereinkommen im nächsten Monat April die Allerhöchste Genehmigung erhält, im Februar 1864 zu Ende geht, zurückzuzahlen.

Abgesehen von den Rückzahlungen, welche der Bank in der Zwischenzeit aus den Erträgen und dem Erlös der Staatsgüter zufließen, und welche man für den Zeitraum, wo die Ergänzung der 10 Millionen jährlich laut §. 9 des Uebereinkommens zu beginnen haben wird, wenigstens auf 10 Millionen in Allem anschlagen darf, hat die Bank bis zum Februar 1867 weitere 30 Millionen, also zusammen 40 Millionen zu erhalten.

Nach diesen Prämissen werden zwischen heute, wo der Banknotenumlauf in runder Ziffer 460 Millionen beträgt, und Februar 1867 an die Bank durch Zahlungen des States in Noten zurückzulegen:

37 Millionen aus dem 1860er Anlehen
23 " älteste Schuld
40 " von den 108 Millionen

100 Millionen.

Ist die Bank bis dahin in die Lage gekommen, aus ihren eigenen Effecten einen Erlös von 50 bis 55 Millionen zu realisiren, so kann der Banknotenumlauf im Februar 1866 auf 305 bis 310 Millionen reducirt werden.

Gleichzeitig wird sich der Silbervorrath der Bank auf 100 + 28 + 20 = 148 Millionen erhöhen.

Hat man sich dieser Position genähert und sind die Zeitverhältnisse allbaldig solche, die es überhaupt erlauben, daß die Bank mit der Hinausgabe des Silbers beginne, denn wie immer der Stand der Bank beschaffen sei, nur unter günstigen Conjunctionen sollte die Umwälzung begnügen, so wird es keiner großen Anstrengungen mehr bedürfen, um der Bank auch etwas früher die vollständigsten Mittel dazu zu verschaffen.

Das Uebereinkommen setzt Verpflichtungen fest, welche für alle Fälle durch Vorbereitung der Silbereinschmelzung die allmähliche Herstellung des Banknotenwerthes erzielen, welche aber keineswegs eine beschleunigte Action ausschließen, wenn die Zeitverhältnisse sie erlauben und rechtfertigen werden.

### III Krakau, 3. März.

Vorgestern Vormittag 11 Uhr, als am Sterbetage Sr. Maj. Kaiser Franz I., wurde in der Kathedrale eine alljährlich ein feierliches Requiem abgehalten.

### Verhandlungen des Reichsrathes.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. Februar wurde das Gesetz zur Regelung und Besteuerung des Promessen-Geschäftes dem Finanzausschusse zur Begutachtung überwiesen, sodann über das Verbot der Uebersetzung einer richterlichen oder gesetzgebenden Gewalt an Polizei- und politische Behörden verhandelt. Der Gegenstand wurde noch einmal an den Ausschuss zurückgeleitet.

Ferner kam die Frage wegen der Freigebung der Advokatur zur Verhandlung. Die Debatte hierüber gestaltete sich ziemlich lebhaft. Als Berichterstatter des Ausschusses fungirte Prof. Herbst. Als Redner gegen den Ausschussantrag sprachen Dr. R. Fischer und der Abgeordnete Kaiserfeld. — für denselben Dr. Rechbauer, Dr. Giesra und Wieser.

Vizepräsident v. Hasner will ein Uebergangsstadium eingehalten wissen, obwohl der Advokat allerdings ein Gewerbsmann ist, das Princip der Gewerbefreiheit auch auf ihn Anwendung findet und das Monopol gegenwärtig die Winkelschreiberei fördert. Darum solle das Haus beschließen:

1. Die principielle Anerkennung der Freigebung der Advokatur;
  2. Zur Schonung der bestehenden Verhältnisse Bestimmung eines Termines, bis zu dessen Ablauf alljährlich die Zahl der Advocaten eine entsprechende Vermehrung erfahren soll.
  3. Zuweisung dieses Antrages an den Ausschuss, der über den Antrag Bericht berichtet. (Unterstützt.)
- (Schließlich wird der Ausschussantrag angenommen und die Freigebung der Advokatur beschlossen.)

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. März. Ein Ministerrath wurde am

Freitag im Beisein Sr. Majestät des Kaisers in der Hofburg abgehalten.

Mit a. h. Entschliessung vom 12. Febr. wurde, wie der „Wanderer“ meldet, dem kroatisch-slavonischen Landesfonde ein unverzinsliches Darlehen im Betrage von 10.000 fl. aus der Staatskassa gegen Rückzahlung in jährlichen Terminen zu dem Zwecke bewilligt, daß dieser Fond in die Lage gesetzt wird, den aus Mangel an Lebensmitteln in einigen Bezirken der Comitate Fiume, Ugram, Warasdin, Kreuz und Pozsega nothleidenden Einwohnern zu Hilfe zu kommen.

Ihre kaiserliche Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben dem Krankenfonde für Studirende in Wien einen Beitrag von 100 fl. grädigst gespendet.

Ihre Majestät die Kaiserin haben dem Kloster der Benediktinerinnen zu Przemysl in Galizien eine Unterstutzung von 100 fl. allergnädigst bewilligt.

Aus Venedig, 25. Febr., meldet man der Pest. Ztg.: Gestern Abends wurden abemals die Salons des Statthalters Ritter v. Troggenburg zu einem Ballfeste eröffnet. Ihre kais. Hoh. die Herren Erzherzoge Albrecht und Joseph, die Frau Erzherzogin Hildegard, der Herzog und die Herzogin von Modena, der Graf und Gräfin von Chambord und Prinz Alexander von Hessen beehrten dieses Fest, welches das prächtigste des diesjährigen Venediger Faschings war, mit ihrer Gegenwart. Der Ball dauerte bis früh 6 Uhr. — Von der am 16. v. M. hier kundgemachten behördlichen Bewilligung zu Maskeraden wurde bis heute noch kein Gebrauch gemacht, was auch einestheils dem seit acht Tagen andauernden Regen zuzuschreiben ist. Ihre kais. Hoh. die Prinzen Ludwig und Leopold von Bayern sind heute von hier abgereist. Dieselben kehren über Verona und Tirol nach München zurück. — Die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers dürfte sich abermals um mehrere Tage verzögern.

Wir theilen nachträglich die Ansprache mit, welche der Staatsminister bei der Entgegennahme der Adresse des Gemeinderathes an die betreffende Deputation hielt: „Durch meine Geburt und meine bisherige Stellung Wien angehörig, fühle ich mich immer besonders bewegt, wenn meinem Wirken von Seite meiner Mitbürger eine anerkennende Würdigung zu Theil wird. Es geschah dies vor einem Jahre, wo mir von der hiesigen Kommune das Ehrenbürgerrecht verliehen wurde; es geschah sodann durch die Worte des Betruuens, welche ich aus dem bereiten Munde Ihres verehrten Herrn Bürgermeisters vernommen habe. Die Aufgabe, die mir zu Theil geworden, ist unermesslich; sie kann durch die Kräfte eines Mannes nicht gelöst werden, und nur das Vertrauen meiner Mitbürger kann mir Muth verleihen, die schwere Last, die auf meinen Schultern ruht, zu tragen. Um so mehr fühle ich mich gestärkt, wenn mir durch die Vertreter einer so hochwichtigen Korporation, wie die Gemeinde meiner Vaterstadt, das Vertrauen ausgedrückt wird. Empfangen Sie meinen innigsten und aufrichtigsten Dank dafür. Ich ersuche Sie, denselben auch der Bevölkerung Wiens bekanntzugeben.“

Auch die Stadt Teschen hat Sr. Excellenz den Herrn Minister von Schmerling zu ihrem Ehrenbürger ernannt. Eine Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister von Teschen, dem Abgeordneten Demel, den Herren Gymnasial-Director Gabriel, Buchhändler Prochaska und Herrn Kaufmann Ziffer, ist hier eingetroffen und hat gestern Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister das Ehrenbürgerdiplom für die genannte Stadt überreicht.

Im Laufe des Monats März wird in der deutschen Ritterordenskirche der Ritterschlag an zwei neu eintretende Ritter unter den üblichen Ceremonien theilt werden.

Ueber das Befinden Sr. Excellenz des Herrn Oberstkämmerers Grafen Lancorowski liegt heute das nachfolgende Bulletin vor: „Se. Excellenz brachte den gestrigen Tag sehr ruhig zu und konnte wieder etwas Nahrung zu sich nehmen. Die Nacht schlief Se. Excellenz ruhig.“

Das Befinden des Hrn. Baron v. Sedlitz hat sich auch heute nicht gebessert.

Wie aus Triest, 28. Febr., gemeldet wird, haben der Herzog von Coburg samt Gemalin sich am 28. v. M. auf dem Lloyd-Dampfer „Erzherzogin Charlotte“ nach Alexandrien eingeschifft.

### Deutschland.

Die Bundestagsitzung vom 27. Febr. war von ganz kurzer Dauer. Der Gesandte des Großherzogthums Hessen war für Kurhessen, der von Nassau für Mecklenburg substituirte. Die Verhandlungen waren ganz interesselos. Nach Entgegennahme von Eisenbahnnachweisen, Standeisen, Privateingaben etc. erfolgte von Seiten des Präsidiums die Anzeige, daß der österreichische Major von Beck als der Protokollführer der Militär-Commission aus- und der österreichische Hauptmann Gilt an dessen Stelle trete. Der übrige Theil der Sitzung wurde durch Militär-Vorträge ausgefüllt.

Aus Berlin, 28. Februar, wird tel. gemeldet: Die ministerielle „Allg. Preuß. Ztg.“ bestätigt die gestern von dem Regierungs-Commissar über die deutsche Frage abgegebenen Erklärungen, welche das ministerielle Blatt als eine Folge der Fusion der verschiedenen Anträge bezeichnet. Die Commission zur Berathung der deutschen Anträge hat sich heute über den zu stellenden Antrag geeinigt; die Begründung und die Resolution selbst ist gefaßt. — Der Antrag des Abgeordneten von Carlowitz wegen Anerkennung Italiens ist von der Commission einstimmig angenommen worden. Der Regierungs-Commissar erklärte, er könne sich darüber nicht äußern, da die Frage eine noch schwebende sei. Die Berathungen über den Gesetzentwurf, betreffend die Oebernachungskammer, sind beendet. — Die Commission des Abgeordnetenhauses hat das Gesetz wegen Aufhebung der gutherrlichen Polizei mit 11 gegen 5 Stimmen angenommen.

Es ist in Anregung gebracht worden, möglichst noch vor dem Ablauf der Zollvereinsverträge eine Industrie-Ausstellung der Zollvereinsstaaten in Berlin zu veranstalten, um so einen klaren Ueberblick des Standes der Zollvereinsländischen Industrie zu gewinnen. Wie die „B. Ztg.“ hört, ist die preussische Regierung sehr bereit, auf diese Idee einzugehen und wird wahrscheinlich schon in nächster Zeit hierüber mit den übrigen Zollvereinsregierungen in Vernehmen treten, um über Ausführung und Feststellung des Zeitpunktes, namentlich ob die Ausstellung im Jahre 1863 oder 1864 stattfinden soll, genauere Festsetzungen zu treffen.

Die Petitions-Commission des preussischen Abgeordnetenhauses diskutirte in den letzten Tagen eine Petition der halle'schen Bürger, welche verlangt, daß das Abgeordnetenhaus für die Wiederherstellung der anhalt-desavauischen Verfassung eintrete, wie es das zu Gunsten Kurhessens gethan. Die Rechtsfrage und Lage ist in Anhalt-Desau ganz dieselbe, wie in Kurhessen. Nun erklärte der Commissar des Grafen Bernstorff der Petitions-Commission, daß die Staatsregierung keine Veranlassung habe, sich über die Rechtsgiltigkeit der in Anhalt bestehenden Verfassung auszusprechen, weil dies eine rein innere Angelegenheit eines unabhängigen deutschen Staates sei. Die Commission faßte den Beschluß, die Regierung aufzufordern, für die Wiederherstellung der anhaltischen Verfassung vom 29. October 1848 und alsbaldige Berufung einer Volksvertretung auf Grund des Wahlgesetzes vom 24. Februar 1849 einzutreten.

Nach der „Pos. Ztg.“ hat der Oberpräsident von Bonin dem Erzbischof von Przyluski wegen seines in Betreff der Wahlen zum Abgeordnetenhaus erteilten Hirtenbriefes erste Vorstellungen gemacht und ihm speciell die Punkte nachgewiesen, in denen er seine geistlichen Befugnisse überschritten und das politische Gebiet betreten habe. Namentlich soll der Passus, in welchem der Erzbischof darauf hinweist, daß die polnische Nation sich von jeher in entscheidenden Augenblicken um den Stuhl des heiligen Adalbert (des Erzbischofs von Gnesen) geschart habe, und dadurch nicht zu deutlich zu verstehen giebt, daß er wohl Lust hätte, die politische Rolle des früheren Primas von Polen zu spielen, eine erste Zurückweisung erfahren haben.

In Posen kam dieser Tage wieder ein Preßproceß gegen den Redacteur des „Tygodnik Katolicki“, Pfarer Prusnowski, zur Verhandlung und das Appellationsgericht fügte noch einen Monat Gefängnis zu den zwei Monaten die er eben abbißt. Sein Erscheinen am Landtage in Berlin ist dadurch für lange Zeit verhindert. Auch über die Directionsmitglieder der Posener Landwirtschafts-Gesellschaft ist das Urtheil wegen Mißbrauch ihrer Stellung zu politischen Zwecken gefällt und zwar zu einer Geldstrafe von fünf Thalern für jeden Einzelnen.

### Frankreich.

Paris, 27. Februar. Die heute durch den „Moniteur“ angezeigte Suspension Renan's von seinem vor wenigen Tagen erst betretenen Lehrstuhl im Collège de France (er hatte nur eine Vorlesung gehalten) ist hier allgemein aufgefalle, selbst denjenigen, welche von seiner Ernennung überrascht gewesen waren. Man mußte, ehe man ihn ernannte, wissen, daß er die Gottheit Christi nie vertheidigt hatte. Man hätte sich also jedenfalls entweder die Ernennung oder die Absetzung ersparen und eine unnütze Aufregung sowohl unter den Gegnern, wie unter den Anhängern dieses Gelehrten vermeiden können. Man sucht natürlich nach weiteren Motiven für diesen Act der Inconsequenz, da man im Interesse der „starken“ Regierung selbst nicht annehmen will, daß sie ihre Acte lediglich von den Launen des Tages abhängig mache. Bald heißt es, man wolle der clericalen Partei für die Absetzung Caprads Satisfaktion bieten, bald, man werde die Demokraten für diese Renan zu Theil gewordene Behandlung durch eine neue Gewaltmaßregel gegen die Jesuiten und die Dominicaner entschädigen. Jedenfalls hat die Regierung durch dieses alternirende Ausschlagen rechts und links sich auf beiden Seiten Feinde, aber keine Freunde gemacht. — Die Vorlesung Renan's, die ihm die Suspension seiner Vorlesungen zugezogen hat, ist bereits in Paris bei Michel Levy (Rue Vivienne 2) zu 1 Fr. unter dem Titel: „Ueber den Antheil der jüdischen Völker an der Geschichte der Civilisation“, mit einem Vorworte erschienen.

In der Sitzung des französischen Senats vom 26. Febr. sprachen, wie die „Independance“ berichtet, die Herren Beaumont und Delisle über die neuen, von Herrn Fould in Aussicht gestellten Steuererhöhungen und gegen mehrere derselben; sie fragten, ob es nicht möglich sei, von denselben abzukommen und das Gleichgewicht im Bunde durch Erparungen herzustellen. Hr. Magne negirte diese Möglichkeit, gab aber dem Senate die Versicherung, daß die Steuern nur zeitweilig aufgelegt werden sollen.

In der Senatsitzung vom 26. Febr. constatirten ferner der General Damas und Michel Chevalier die kritische Lage Algeriens. Der General verhehlte es kaum, daß die Franzosen in Algerien noch keinen festen Fuß gefaßt haben; denn die mohamedanische Bevölkerung von 2.500.000 Männern stellt 300.000 Fußsoldaten und 80.000 Reiter. Michel Chevalier hält Algerien im Falle eines Krieges mit England für verloren; denn auf einem Grundeigenthum von 40 Millionen Hektaren, dem Fünftel der Größe Frankreichs, haben sich erst 200.000 Europäer. Damas und Michel Chevalier sehen das Emporkommen der Colonie in der Ableitung des Auswandererstromes von Nordamerika nach Algerien, und zu diesem Behufe sollen den Cinn andern in Betreff des Bodenerwerbes, des Bürgerrechts, der politischen und persönlichen Freiheit und Sicherheit ähnliche Bedingungen wie in den Vereinigten Staaten bewilligt werden. Ohne Capitalien wird aus Algerien Nichts und ohne Einwanderer keine Capitalien.

Die „Opinion nationale“ hat diesen Abend wegen der Angriffe auf den Senat in ihrem gestrigen Bulletin eine amtliche Verwarnung erhalten. Sie sagte u. A.: Der Ausdruck der reactionären Leidenschaften, von welchen die Majorität des Senats befreit oder vielmehr verblendet ist, hat im Auslande, wie in Paris und ganz Frankreich einen übeln Eindruck gemacht. Dann citirte sie die Urtheile der „Morning-Post“ und der „Independance belge“. In ersterer ist gesagt, man könne unmöglich mit Achtung und Ehrerbietung vom Senate reden, wenn man die letzten Sitzungsberichte lese und die legitimistischen Senatoren werden in derselben der Festigkeit und Unwissenheit beschuldigt. Am empfindlichsten hat wohl in den Tuilerien die Vergleichung der von Herrn v. Segur und Carondelet verfochtenen Ideen mit den in den spanischen Cortes herrschenden Anschauungen verkehrt, wo man den Bürger Matamoros wegen protestantischer Propaganda zu Zwangsarbeit verurtheilt habe.

Bezeichnend für den Character, wie für die Geistesstimmung des Prinzen Napoleon am Samstag ist übrigens, daß er, ins Palais Royal zurückgekehrt, seinen Streuten eine Schilderung des Vorgefallenen machen, u. A. äußerte: Und als ich die Worte: „Nieder mit den Priestern!“ (also mit den „Priestern“, wie er selbst jetzt zugefugt und nach dem Texte des Thiers kaum zu bezweifeln ist) ausgesprochen hatte, da brach der Sturm los und ich sah, eine Legion von Mumiern sich vor meinen Augen erheben.“ (Je vis se dresser devant mes yeux une légion de momies.)

Der Cassationshof hat das Cassationsgesuch des Mörders Dumollard verworfen.

### Spanien.

Aus Madrid, vom 26. Febr., wird telegraphirt: „Es ist unangebracht, daß Salaverria die Anerkennung der englischen Schuldsscheine vorschlagen will. In der gestrigen Sitzung des Congresses sprach Salamanca für die spanisch-französische Bahn durch die Alibudes; zu einem Beschlusse kam das Haus jedoch noch nicht.“

### Großbritannien.

In der Oberhausitzung vom 28. Febr. sagte Carl Russell: Die Regierung sei vom französischen Botschafter und den anderen Vertretern der Seemächte gefragt worden, welche Haltung England in der Frage wegen der amerikanischen Südhäfen beobachten werde. Er habe sie in Beantwortung dessen auf seine Depesche an Lyons verwiesen. Seward habe Lyons benachrichtigt, daß die Steinversenkung in den Häfen nicht fortgesetzt werden dürfe. Carl Russell sagt, er habe eine Mittheilung über eine neapolitanische Proclamation erhalten. Dieselbe sei ohne Ermächtigung der Regierung verlaublich worden, welche den Befehl gab, sie zurückzuziehen und zu unterdrücken. Riccardi habe constatirt, daß es nothwendig sei, strenge Maßregeln gegen das Brigantenwesen in mehreren Districten zu ergreifen; nichtsdestoweniger seien Befehle gegeben, dieselben mit Humanität auszuführen.

Die Ausstellungs-Commission in London veröffentlichte eine lange Liste von Regeln bezüglich des Besuches des Gebäudes von jetzt bis zu dessen Eröffnung und der Waarenzufuhr in dasselbe. Folgendes sind die allgemein interessanteren: Es wird Niemand weiter zugelassen, er müste denn eine besondere Erlaubnis dazu haben. Diese wird Ausstellern erteilt, doch müssen sich auswärtige deshalb an die betreffende Commission ihres Landes wenden, und gilt dieselbe nicht für den ganzen Umfang des Gebäudes, sondern nur für die bestimmte Abtheilung des jeweiligen Ausstellers. Dergleichen Eintrittskarten gelten bloß für denjenigen, auf dessen Namen sie ausgestellt sind, und sind als verwerflich zu betrachten, wenn sie einem anderen geborgt werden sollten, oder wenn deren rechtmäßiger Besitzer in einem andern Theil des Gebäudes als dem auf der bezeichneten angetroffen wird. Trinkgelde jeder Art sind verpönt. Die Aufnahme der Ausstellungsgegenstände steht unter Oberaufsicht der Zollbeamten. Jedes Paket soll mit dem Namen des Landes und der Abtheilung, denen es angehört, besser auch mit dem Namen des betreffenden Einsenders bezeichnet sein. Verpackungen müssen aus dem Gebäude auf Kosten der Aussteller entfernt werden. Den Termin dafür bestimmen die Einzel-Commissionen. Wird der Termin nicht eingehalten, so steht es der Commission frei, die Verpackungen zum Besten des Ausstellungsfonds zu verkaufen. Zündhölzchen dürfen nicht ins Gebäude mitgenommen werden. Rauchen ist verboten.

Ein amtlicher Ausweis ist erschienen über die im Jahre 1860 auf der Kriegsflootte mit der Peitsche bestraften Vergehen. Ein ähnlicher Ausweis wurde unlängst über die Peitsche in der Armee veröffentlicht. Die Flotte scheint die neunhundertjährige Kasse noch weniger als die Landmacht entbehren zu können, emancipirt sich aber doch allmählich von ihrer Herrschaft. Die Gesamtzahl der gereinigten Matrosen war im Jahre 1860 nur 764 (aus einer Masse von 55.370 Mann), dafür kommt auf diese kleine Schaar die anständige Summe von 26.201 Hibern. Das Maximum der verhängten „Kagen-Rüffe“ die auf einmal fielen, war 50, das Minimum 6.

### Italien.

Die Senatsrede des Prinzen Napoleon ist in Turin mit Jubel aufgenommen worden, namentlich die Darstellung der Zwecke des Kaiserreichs, die nach der Anschauung des Prinzen ihren Höhepunkt in der Bereinigung der Verträge von 1815 erreichen soll.

Der piemontesische Kriegsminister hat das Diocesane-Seminar in Pavia zur Einquartierung von Soldaten in Anspruch nehmen lassen. Die Schulen mußten deshalb geschlossen, die Alumnien entlassen werden. Selbst ein Turiner Corr. der Verf. spricht sich über diese Maßregel sehr mißbilligend aus.

Es unterliegt keinem Zweifel, schreibt man der „Allgem. Ztg.“ aus Mailand, Garibaldi will sich im B. ischyl üben. Seine Mami, Briefe an Jedermann zu richten, ist wirklich außerordentlich. Tagtäglich



lich ließ man einen solchen in den Plätzen. Der Lichte besteht in einem Schreiben vom 17. Febr. aus Caprera an die Verordnungs-Comité's in Rom und Venedig, und an alle anderen patriotischen italienischen Comité's, zu dem ihm diesmal die am 9. März bevorstehende Verhandlung des General-Comité's für Rom und Venedig in Genua die Veranlassung gab.

Ein Schreiben aus Florenz im Korrespondenten von und für Deutschland will wissen, es werde dort und überall eifrig gearbeitet zu einer Operation Garibaldi'schen Ursprungs. So viel scheint gewiss, daß die Regierung in Turin wieder doppeltes Spiel spielt: in geheim wird die Actionspartei in ihren Plänen und Unternehmungen unterstützt. Es ist bekannt, daß das Genueser Centralvorparlament seine eigenen Pulvermühlen, so wie Waffen- und Munitionsdepots hat. Die Regierung ließ nun 9. d. M. plötzlich in dem Hause des ehemaligen Garibaldi'schen Majors und Mitgliedes des genannten Centralcomité's, Mosso, in Genua strenge Hausdurchsuchung halten. Trotzdem, daß man vom Speicher bis zum Keller suchte, konnte man nichts finden. Viele sind freilich der Meinung, die Regierung habe nichts finden wollen; sonst hätte sie nicht im Hause Mosso's, sondern an einem ihr ganz gut bekannten Orte außerhalb Genua's gesucht.

In der Bergfestung Fenestrella, deren Garinon fast lediglich aus Straf-Companien (b. aus zum Dienst gezwungenen Neapolitanern) besteht, sollte am vergangenen 17. eine Militärrebellion ausbrechen. Ein Theil der Besatzung drohte, sich wegen des unmenschlichen Dienstes bei grimmiger Kälte und höchst mangelhafter Nahrung und Kleidung zu empören. Auf telegraphisches Ansuchen wurde dem dortigen Commandanten alsbald Verstärkung an Gendarmen, Sicherheitsgarden und Nationalgarden zugesandt. Bei der strengen Durchsuchung der Kasernen, des Gepäcks und eines jeden einzelnen Soldaten fand man bei fast allen Neapolitanern das Bild des Königs Franz II. und der Königin.

Aus Rom, 22. Febr., wird geschrieben: Eben begann die vornehme Welt ihre Spazierfahrten auf dem Pincio, als der heilige Vater vorgestern Nachmittag unter der Menge erschien. Er war auf Piozza der Popolo ausgestiegen und den 600 Fuß hohen Hügel rüstig zu Fuß hinaufgestiegen, der Wagen folgte langsam nach. Das milde sonnige Frühlingswetter hatte ungewöhnlich viele Menschen in Garten-Anlagen versammelt, besonders die Jugend, die Donnerstags schulfrei ist, und so waren im Augenblicke zahlreiche Gruppen zu einer Division gebildet. Alles rief: Viva Pio IX., Papa e Re! (Es lebe der neunte Pius, Papst und König!) Viva Pio IX. Re di Roma!

Borges, schreibt der Pariser d. F. Corresp. der „M.Z.“, wird in den neapolitanischen Provinzen als der Märtyrer einer heiligen Sache verehrt. Heute hat man in der Kirche St. Thomas d'Aquino einen Gottesdienst zu Ehren des Menschen gefeiert, welcher gegen eine mit Frankreich alliierte Macht kocht. In der Mitte der Kirche erhob sich ein prächtiger Katafalk. Der Abbé Beauvais, Pfarrer der Gemeinde, officirte in großer Pompe, und die Kirche war von Männern und Frauen in Trauerkleidern angefüllt. Diese Ceremonie war offenbar eine politische Manifestation unter einer religiösen Maske. Ich wiederhole hier diesen Schmerzensschrei der „Opinion nationale“ über die religiöse Feier in der Kirche St. Thomas d'Aquino für den von den Piemontesen erschossenen General Borges, weil diese Worte die Scribenten Lügen frohen, welche in die Welt schreien werden (das Lösungswort dazu ist schon gegeben), nur eine sehr geringe Anzahl von Personen hätte der Messe beigewohnt. Ich begreife nicht den Born der „Opinion nationale.“ — Die Kirche war in der That so angefüllt, daß viele Leute am Eingange umkehren mußten.

**Rußland.**

In Warschau fand am 27. d., dem Jahrestage der Gefallenen ein großer Andrang in sämtlichen Kirchen statt. Zahlreiche Patrouillen durchstreiften die Stadt. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

**Griechenland.**

König Otto hat dem Fürsten Cusa das Großkreuz des griechischen Erlöserordens verliehen und den Insignien ein eigenhändiges Schreiben an den Erwählten der Donaufürstenthümer beigelegt.

Die Festung Nauplia hat zwei Forts, Isidale, welches die Stadt und den Hafen ihrer ganzen Länge nach bestreicht, und Palamidi, welches das letztere Fort, die Stadt und den Hafen und jede Annäherung zu denselben beherrscht. In dem Fort Palamidi, commandirt von einem Deutschen Phil. A. von, Major Stellwag, befanden sich außer den Militärsträflingen auch Civilsträflinge, welche dort mit Arbeiten beschäftigt wurden, und die Offiziere, welche als Arbeiter der bekannten und die Disziplin, welche auf der Sichtung durch die Civilgerichte übrig geblieben waren. Der König selbst hatte befohlen, die Rebellen in eigener Person zur Vernunft zu bringen; aber vor Abends 9 Uhr erfuhr man, daß die hervorragendsten Persönlichkeiten unseres Staates dem Könige Vorstellungen gegen diesen Schritt gemacht und hauptsächlich auf den Zustand der Hauptstadt selbst hingewiesen hatten. Die Nacht verging hier ganz ruhig, und auch heute, an einem Feiertage, sah man in den Straßen keine ungewöhnliche Bewegung. Spät Abends brachte uns das officielle Blatt in einer außerordentlichen Beilage folgende Nachricht: „König, 14. Februar, Nachmittags 3 Uhr Mädel'sführer, des Aufstandes in Nauplia waren Boharis (Major der Phalanx, in der großen Verschwörung compromittirt, vor dem Areopag als nicht gravirt der Anklage entlassen), Gribas (ein junger Mann, der sich mehrere Jahre in München studirend halber aufgehalten hat) und Artemis (Infanteriemajor), den Niemand solcher Dinge fähig gehalten hätte. Die Aufständischen misshandelten den Monarchen und die Bataillons-Commandanten Borda. Die Kassen und die Mauth sind von

den Aufständischen besetzt, welche die Militärsträflinge befreiten und bewaffneten.“ Athen ist äußerlich ruhig, obwohl im Laufe des Tages verschiedene Verhaftungen vorgenommen wurden; die hervorragendsten Persönlichkeiten derselben sind: ein früherer Minister und zeitweiliger Bürgermeister der Hauptstadt, Kallipurnas, ein junger talentvoller Advocat Deligeorgis, welcher sich besonders in der Verteidigung der der Verschwörung angeklagten Infanterie-Offiziere hervorgethan hatte, dann, wie man sagt, sämtlich vor Monaten in der großen Verschwörung Compromittirte und von den Gerichten als Unverdächtige der Anklage entlassene: ein Universitätsprof. der Medicin, Busafis, theilt das Schicksal der durch aufgefundenen Briefe Compromittirten. Man hält es für ganz gewiss, daß die Verschwörung in der Nacht vom 15. auf den 16. Februar zu gleicher Zeit in Athen und in Nauplia hätte losbrechen sollen, allein unbekannte Umstände nöthigten sie, in Nauplia früher loszuschlagen.

Nach in Triest am 27. Februar eingetroffenen Nachrichten aus Athen vom 22. d. ist der König Otto dahin zurückgekehrt. Nauplia ist zu Wasser und zu Lande abgeschnitten. 60 Mann der dortigen Truppen sind zu den königlichen übergegangen. Auch in Tripolizza hat eine revolutionäre Manifestation stattgefunden. Die Regierung will in den bedrohten Provinzen ein allgemeines Aufgebot erlassen. In Athen herrscht Ruhe, doch sind die Kaffeehäuser geschlossen und die Straßen militärisch besetzt.

Der belgische Viceconsul Zoviciano in Nauplia wurde wegen Theilnahme am Aufstande abgesetzt.

**Amerika.**

Ein schwedischer Baron von Rosenkranz ist in der Eigenschaft eines Majors der nordamerikanischen Union's-armee nach Kopenhagen gekommen, um für Rechnung der Vereinigten Staaten sämtliche abgenutzte Gewehre und sonstige Kriegswaffen zu kaufen. Die dänische Regierung dürfte sich zu der Genehmigung dieses Antrags um so eher entschließen, als dieselbe augenblicklich des Geldes bedürftig ist, andererseits aber durch den Empfang der Waffenvorräthe der aufgelösten ehemaligen schlesw.-holsteinischen Armee in den Besitz von werthvollem und zahlreichem Kriegsmaterial gelangt.

Nach den letzten Nachrichten des Pays entbehren die Gerüchte über eine Niederlage der Spanier in Mexico aller und jeder Begründung. Nach der „Patrie“ haben die alliierten Befehlshaber in Veracruz jeder einen Offizier beordnet, um sich in Mission nach Mexico zu begeben. Sie sind am 20. von Veracruz abgereist. Das vollkommendste Einvernehmen herrscht unter den Befehlshabern.

Nach den neuesten Nachrichten aus der Havana meldet die „Patrie“, daß die Lage der Dinge in Mexiko sich verschlimmert. General Doblado, der sich Anfangs so mächtig gezeigt, sei jetzt exaltirt, als der Präsident Suarez selbst. Er hat am 3. Januar eine Proclamation veröffentlicht, in der die Fremden, welche die ihnen auferlegten Steuern nicht zahlen, mit aller Strenge der mexicanischen Geseze bedroht werden. Er habe außerdem ganz unethische Handlungen begangen, gegen welche die Gesandten von Oesterreich, Preußen und Rußland protestirt hätten. — Am 19ten haben die Alliierten eine starke Reconnoissance unterhalb des Salapathals unternommen. Sie rückten etwa 25 Kilometer über Vera-Cruz vor, ohne auf Feinde zu stoßen. Von der Bevölkerung der Städte und Dörfer wurden sie überall mit Sympathie empfangen. Nach Berichten aus Buenos-Ayres hatte der General Santiago nach einigen gegen die Bundesstruppen erzielten Erfolgen den Gouverneur Villafane an die Spitze der Provinz Tucuman gestellt und, da er kein Hinderniß mehr sah, seine Mitwirkung bei dem Unabhängigkeitskampfe von Buenos-Ayres zugesagt. Die Provinzen San Juan und Mendoza haben sich auch für Buenos-Ayres erklärt. Wichtiger aber ist die Entwaffnung des Bundesgeschwaders im Hafen von Valparaíso. Auf Grund der Befehle des Generals Mitre wurden 11 Fahrzeuge, 71 Geschütze erobert und 300 Gefangene gemacht. Dieser entscheidende Schlag dürfte die Vertreibung Urquiza aus Entre Rios, seinem letzten Zufluchtsort, und den Schluß der Revolution in Buenos-Ayres zur Folge haben.

Die neuesten Nachrichten aus Buenos-Ayres reichen bis zum 15. und die aus Montevideo bis zum 17. Jänner. In dieser Stadt hatte Präsident Mitre die Leitung der Staatsgeschäfte übernommen, aber man hatte sich mit den verschiedenen etrennt gebliebenen Provinzen noch nicht einigen können. Trotz der Ruhe, deren sich das Land erfreute, war seine Zukunft doch immer ungewiss, und die Zahl der Personen, welche eine auf die Wünsche der Bevölkerung gegründete dauerhafte und definitive Regierung zu organisiren wünschten, vermehrte sich mit jedem Tage. In Montevideo beharrte die Regierung darauf, den gerechten Reclamationen Frankreichs und Englands keine Folge zu leisten.

**Zur Tagesgeschichte.**

„Aus Rehl schreibt man: Zwischen dem preussischen Dragoner-Regiment Herrn v. Bonin und dem ehemaligen preussischen Officier Herrn von Roulet aus Weiskatell fand am 22. Februar in der Nähe von Kort, in dem Walde nahe an der Eisenbahn ein Zweikampf auf Pistolen statt, wobei leider Herr v. Roulet tödtlich auf dem Platze blieb. Die beiden Gegner schloffen gleichzeitig, so daß die Sekundanten glaubten, es habe nur einer der Kämpfer gefeuert; aber die Regel war Herrn Roulet über dem Auge eingedrungen, und er stürzte laut und regungslos nieder. Zwei Stunden später kam ein Verwandter Roulets auf dem Platze an, welcher eine Verwundung zu erweisen beauftragt war; er fand nur die Leiche. Herr v. Roulet, ein schöner junger Mann von 26 Jahren und einziger Sohn einer reichen und angesehenen Familie, soll die Ursache zu diesem Zweikampfe gegeben haben durch höchst beleidigende Ausforderung. Sein Gegner, Herr von Bonin, nebst dem Secundanten, Gardeleutnant Risselmann aus Berlin, stellten sich sogleich freiwillig dem Amtsgericht Kort, woselbst die gerichtliche Untersuchung alsbald

erfolgt. Die beiden anwesenden Aerzte konnten bei dem ungewöhnlich schnellen Tode des Gefallenen leider ihre Kunst nicht in Anwendung bringen. Die Leiche wird nach Weiskatell gebracht werden. Einen weniger traglichen Ausgang hatte das Pistolenduell welches wie die „M.Z.“ meldet, am 17. d. in Mecklenburg zwischen dem Herzog von Württemberg und dem jungen Grafen von Moutin statt fand. Beide Gegner schossen in die Luft.

„Die „Karlsruher Btg.“ berichtet, daß eine am 19. d. vorgenommene commissionelle Besichtigung der Heideberger Schloßruine alle Besorgnisse wegen der letzteren als grundlos dargestellt habe. Man habe sich überzeugt, daß sich die älteren Sprünge und Risse theils gar nicht, theils nur in winzigen Dimensionen erweitert haben und sämtliche Beschädigungen den Bestand der Gebäude theils zur Zeit in keiner Weise beeinträchtigen. Auch der nun vollständig eingewölbte Eisenbahntunnel wurde begangen und an keiner Stelle eine Beschädigung der Gewölbböden wahrgenommen.

„(Militärische Gemüsegärten.) Der Plan, Gemüsegärten anzulegen, ist vom Militär beibehalten worden, hat sich im Lager von Chalons so bewährt, daß der französische Kriegsminister beschließen hat, dieses System in allen Garnisonsstädten Frankreichs einzuführen. Binnen Kurzem wird jeder Garnison eine ausgedehnte Bodensfläche zugewiesen werden, welche von den Truppen mit Gemüse zu bebauen sein wird, und man erwartet, daß in Folge dieses Systems die Truppen bessere Nahrung erhalten werden, und daß die Cultur des Bodens denselben eine angenehme Erholung verschaffen werde. Diese Idee ist übrigens nicht neu, sondern den Römern entlehnt.

„In Nikolajew (Südrußland) ist am 17. in der Admiralsität Feuer ausgebrochen. Das Gebäude mit den Werkstätten der Tischler, Segelmacher, Boot- und Waffenverfertiger ist niedergebrannt.

**Local- und Provinzial-Nachrichten.**

**Kraukau, 3. März.**

„Eine Nachfeier der Versammlungen der Gutebesitzer von fern und nah bildete das Festdiner, welches, von Seiten der Bürger Kraukau's den Posener Gästen gegeben, vorachtern wieder eintliche hundert Personen im großen Saale des sächsischen Hotels bis zur späten Abendstunde vereinigte. Während desselben brachte der Kraukauer Landtagsabgeordnete Graf von Skorupka einen Toast zu Ehren der Festfeier aus, erwidert von dem Präses der Posener Wahlcomité's, Herrn Adolf Laczynski, im Dank für die neu bewiesene traditionelle Gastfreundschaft Kraukau's. Der zweite heilige Landtagsabgeordnete Herr Samelson dankte im Namen der Stadt. Den anwesenden Berliner Landtagsabgeordneten Herren Mad. Niegolewski, Graf Johann Dzialynski, Graf Stan. Plater und Ebdardus Chlapowski und dem Abgeordneten zur Berliner Vertretungskammer Graf Gzapewski aus Bismarck brachte Johann ein Lebehoch aus der gäliz. Landtagsabgeordnete und Mitglied des Abgeordnetenhauses des Wiener Reichsrathes Herr Karl Rogawski. Graf Dzialynski dankte im Namen der Kollegen, einen Toast bringend den Wählern, dem polnischen Volke. Ihre Hochwürden Heinrich Strzyński und Heinrich Kojczarski brachten im Namen der polnischen Geistlichkeit ein Lebehoch aus zu Ehren der Abgeordneten Herren Niegolewski und Graf Dzialynski. H. M. Machalski's Toast galt denen, welche „an den westlichen Landesgrenzen den heimischen Boden vor fremdem Andrang bewahren.“ Der Präses des Kraukauer Gelehrten-Vereins Dr. Joseph Wajer stimmte im Namen der allein die Nation hebenden Aufklärung einen Toast an zu Ehren des Posener Vereines der Freunde der Wissenschaften und seines Vizepräsidenten Herrn Mad. Niegolewski, der ihn in ähnlicher Motivirung mit einem Lebehoch auf den Kraukauer Gelehrten-Verein erwiderte. Den letzten Toast brachte der Präses des Kraukauer agronomischen Vereines, Graf Heinrich Wobjekt im Namen der Hauptzweige: Liebe und Vortracht unter gleichen nur durch den Grad der Arbeit und Aufopferung unterschiedenen Brüdern — aus. Die Gallerie des Saales war mit Damen gefüllt. Gestern Vormittags lehrten die Posener Gäste, deren überhaupt gegen 20 zu den Sessionen des hiesigen agronomischen Vereines angelangt waren, nach der Heimat zurück.

Herr Val. Wierogowski macht in seinem „Ognisko“ den wegen der Vortheile für Schule und Land wohl zu beherzigenden Vorschlag, Professoren des hiesigen technischen Instituts, namentlich den talentvollen Professor der Chemie Herrn Mohr, der schon in des hiesigen agronomischen Ausstellung mehrere mechanische Modelle eigener Erfindung zur Ansicht gebracht, nach London zu der bevorstehenden Industrienausstellung zu senden. Der Betrag zur Bestreitung der Reisekosten wäre von dem hiesigen agronomischen Verein, der Handelskammer und dem hiesigen Ausfuhr- oder nöthigenfalls durch eine unter den Bürgern und Gutebesitzern zu veranstaltende Subscription einzubringen.

In der zur Sammlung von Collecten für das Arbeitshaus auf dem Platze errichteten Buchhandlung Tisch wurden 5 fl. 88 W. von Seiten der Schüler der unter Direction des H. Geroldstift lebenden hiesigen Normalschule deponirt.

„Wie man dem „Wochenschrift“ aus Lemberg schreibt, hat der dortige deutsche Theaterdirector mit Bewilligung der Stadtbalkerei die Oper gänzlich aufgegeben, und will sich bloß auf Schauspiel und auf die Pöffe beschränken.

**Handels- und Börsen-Nachrichten.**

— Nach dem Bankausweise der Nationalbank vom 1. März hat das Portefeuille abermals eine bedeutende Abnahme erfahren; die escomptirten Effecten in Wien haben sich um 7 Millionen vermindert, während die der Filialen ziemlich gleich geblieben sind. Eben so haben die Vorschüsse gegen Effecten für Wien um circa 1 1/2 Mill. eine Verminderung erlitten. In Uebereinstimmung damit zeigt sich beim Banknotenumlauf ebenfalls eine Abnahme von circa 9 Millionen, während der Baarvorrath unverändert geblieben ist. — Bei den übrigen Plätzen sind im Vergleich zum vorigen Monate keine wesentlichen Veränderungen ersichtlich. Nach dem Bankausweise beläuft sich der Banknotenumlauf auf 455,878,471 fl. (gegen 464,996,480 vom v. M.). Der Silbervorrath auf 99,129,009 fl. (gegen 99,137,795 fl. vom v. M.). Ferner sind ausbezahlt: Wechsel auf auswärtige Plätze 1,101,575 fl. (gegen 1,100,182 fl. vom v. M.). Eisenbahnausschüttungen 28 Millionen (unverändert). Silber-Depot des Staates 5,458,833 (gegen 5,629,881 fl. vom v. M.). Wechsel-Compte 50,564,918 (gegen 55,478,208 fl. vom v. M.). Vorschüsse auf Staatseffecten: 2,867,100 fl. (gegen 54,287,300 fl. vom v. M.). Fundirte Staatsanleihe 40,220,654 fl. (gegen 40,587,954 fl. vom v. M.). Staatsgüterschuld 89,557,413 fl. (gegen 89,726,139 fl. vom v. M.). Vorschüsse auf das April-Anleihen 99 Millionen (unverändert). Vorschüsse auf das Londoner Anleihen 20 Millionen (unverändert). Darlehen der Hypothekar-Gebäude-Abtheilung 57,335,756 fl. (gegen 56,776,449 fl. vom v. M.). Grundentlastungs-Obligationen 30,594,951 fl. (unverändert). Tilgungsfonds-Effecten 31,811,090 fl. (unverändert). Salbilaufernde Rechnungen 1,191,088 (gegen 4,597,700 fl. vom v. M.). Guthaben der Finanz-Verwaltung 3 Millionen (gegen 2,873,430 fl. vom v. M.). Pfandbriefe im Umlaufe 34,293,465 fl. (gegen 33,723,430 fl. vom v. M.).

— Das f. f. Finanzministerium hat gestattet, daß das für den Transport mittelst Eisenbahn über das durch die Zolllinie von Vsch. is Kraukau begrenzte ausländische Gebiet seit 7. Mai 86 bewilligte Strecken-Zugs-Verfahren auch auf Transporte auf den gewöhnlichen Hauptstraßen ausgebeht werde.

— Die Herrn Joseph Wacker, f. k. penl. Hauptmann und D. A. Silich, Handelsmann und f. griechischer Consul der Stadt Zengs, sind in Wien eingetroffen, um die Koncession zum Bau einer Eisenbahn von Karstadt über Munjawa, Plaski, oder über Kraasno oder St. Jakob nach Zengs nachzuholen.

— Der Fortschritt des Baues der böhmischen Westbahn hat bisher ein so befriedigendes Resultat geliefert, daß wenn die Mitterungsverhältnisse im diesjährigen Baujahre sich günstig

darstellen sollten, die Befahrung der ganzen Strecke von dem gegenwärtigen Endpunkte der Bahn von Starnian bis Prag in dem Monate Juli mit Sicherheit erwartet werden kann.

— Der gesetzgebende Körper der Donaufürstenthümer hat in einem vor Kurzem gefassten Beschlusse die Ausfuhrzölle von Landprodukten vorläufig auf drei Monate aufgehoben.

**Breslau, 27. Februar.** Die heutigen Preise sind (für einen preussischen Scheffel d. L. über 14 Garne in Dr. Silbergrößen = 5 kr. 88 W.):

	besser	mittler	schlecht
Weißer Weizen	85	83	80
Gelber	85	83	80
Loggen	59	58	57
Gerste	39	40	38
Hafer	26	28	22
Erbsen	56	60	45
Rüben (für 150 Pfd. brutto)	222	208	180
Commerzaps	182	172	152

Preise des Kleinsamens (für ein Zollentner = 89 1/2 Wien. Pfd. in Dr. Thalern = 1,57 1/2 kr. 88 W. außer Vato):

Weißer Kleinsamen:		Rother Kleinsamen:	
besser	20	besser	13
guter	18	guter	12
mittlerer	14	mittlerer	9 1/2
schlechterer	10	schlechterer	7 1/2

**Paris, 28. Februar.** Schlusscourse: Rente 70.70, 4 1/2 p. Rente 99.60, Staatsbahn 503, — Credit-Mob. 750, — Lombarden 500, — Nat. Anl. 60 1/2, — Wien 104.75, Feh. beschränkt, — Wien 14, — Lomb. 17 1/2.

**Berlin, 1. März.** Freiw. Anl. 101 1/2, — 5 p. Rente 51 1/2, — 1854er Rente 66 1/2, — Nat. Anl. 61, — Staatsb. 133 1/2, — Cred. Act. 73, — Cred. Rente 72 1/2, — Frankfurt, 1. März. Spec. Rente 49 1/2, — 4 1/2 p. Rente 99, — Wien 85 1/2, — Banlact. 702, — 1854er Rente 63 1/2, — Nat. Anl. 59 1/2, — Staatsb. 235, — Cred. Act. 169, — 1860er Rente 66 1/2.

**Wien, 1. März.** Die Spec. Rente eröffnete 70.25, war bei Abgang dieser Depesche (1 Uhr 30 Min.) 69.80 notirt. Die Course der übrigen Papiere ohne Bewegung (calme).

Schlusscourse: Spec. Rente 69.55, — 4 1/2 p. Rente 99, — Staatsbahn 500, — Credit-Mob. 745, — Lomb. 510, — Consols mit 93 1/2, gemeldet. Liquidationscourse 69.25. Haltung sehr matt. Bewegung.

**Kraukau, 28. Februar.** Auf dem heutigen Markte stellten sich die Durchschnittspreise folgendermaßen: Ein Metzen Weizen 6.12 — Korn 3.65 — Gerste 3. — Hafer 1.62 1/2 — Futtermittel — Erbsen 1.75 — Ein Zentner Gerst 1. — Strohhalm 75 fl. österr. Währ.

**Kraukauer Cours am 1. März.** Silber-Rubelagio fl. p. 113 verlangt, fl. p. 111 abg., — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 349 verlangt, 343 bezahlt, — Preuss. Courant für 100 fl. österr. Währ. 134 1/2, — 1854er Rente 63 1/2, — 1860er Rente 66 1/2, — Russische Anleihe fl. 11.28 verl., 11.14 bezahlt, — Napoleonsd'ors fl. 11.05 verlangt, 10.92 bezahlt, — Vollwichtige österr. Gulden fl. 6.45 verl., 6.37 bezahlt, — Vollwichtige österr. Bank-Gulden fl. 6.53 verl., 6.45 bezahlt, — Poln. Bankbriefe nebst l. Coup. fl. p. 101 1/2, — 101 bez., — Galiz. Bankbriefe nebst l. Coup. in österr. Währung fl. 81 1/2, verl., 80 1/2 bez., — Galizische Bankbriefe nebst l. Coup. in österr. Währung fl. 85 1/2, verl., 84 1/2 bez., — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 71 1/2, verl., 70 1/2 bezahlt, — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währung 83 verl., 82 bezahlt, — Aktien der Galiz.-Lemberg-Bahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 90 1/2 fl. österr. Währ. 108 verl., 106 bez.

**Neueste Nachrichten.**

**Prag, 1. März.** Ergänzungswahlen sind für den Landtag für Prag und für die Landbezirke zum 6. März angeordnet. Officiell ist bis jetzt nichts darüber publicirt.

**Wien, 1. März.** „Sajto“ meldet die Verhaftung des Exdeputirten und kaiserl. Advocaten Virgil Szilagyi. „Sajto“ enthält ein Statthalterei-Rundschreiben, welches sagt, das Provisorium bleibt, bis der Landtag die staatsrechtlichen Fragen gelöst hat.

**Paris, 28. Februar.** Im gesetzgebenden Körper wurde der Bericht über den General Montauban betreffenden Gesetzentwurf erstattet. Die Verwerfung desselben wurde mit Einkimmigkeit beschlossen.

**Konstantinopel, 28. Februar.** Die Bewegung von Tripolizza ist vollständig unterdrückt. Es herrscht vollständige Ruhe im ganzen Peloponnes. Den 20. Februar hat ein Schornstein vor Nauplia stattgefunden. Die Rebellen wurden mit viel Verlust zurückgeworfen. Die Regierung ist bestrebt die Ordnung mit den geringsten Opfern herzustellen.

**New-York, 15. Februar.** Die Federalisten haben das Fort Bonoreton (?) angegriffen, die Beschießung dauerte mehrere Tage. Drei Kanonen der Confederirten wurden demontirt, es heißt die Federalisten haben die linke Redoute genommen; viele Tödtte auf beiden Seiten. Aus guter Quelle wird berichtet: Die Confederirten hätten Bowling-Green geräumt, die Federalisten marschiren gegen Nashville und Memphis.

**Beracruz, 28. Februar.** Miramon ist verhaftet und in Beracruz angekommen. Die Commissäre der Allirten sind von Mexico zurückgekommen. Suarez hat dieselben mit großer Auszeichnung empfangen und versucht als Bedingung für die Unterhandlungen zu erreichen, daß die Streitkräfte der Allirten sich wieder einschiffen und nur eine Wache von 2000 Mann zurücklassen. Er gab zu, daß die Regierung ihre Verbindlichkeiten gegen die Fremden nicht erfüllt habe und ist bereit, weitere Garantien zu geben. Der Bevollmächtigte des Präsidenten Suarez ist mit den Commissären zurückgekehrt. Man glaubt, daß weitere Konferenzen folgen werden. Es hat kein Gefecht stattgefunden. Die Streitkräfte treffen Vorbereitungen nach dem Innern des Landes zu marschiren, wenn die Forderungen verworfen werden.

**Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Wozek.**

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 2. März.

Angekommen ist Herr Diostowski, f. russ. Lieutenant, aus Petersburg.

Abgereist sind die HH. Guts.: Ludwig Graf Wedzicki, Karl Graf Bobrowski, Fabianus Labaki, Alanay Benec, Jordan Stojanow, Ludwig Strzyński nach Galizien, Vincenz Graf Bobrowski nach Poreba, Theodor Graf Zoltowski, Adolf Laczynski nach Berlin, Stanislaus Czarnowski a. Duzice, Anton Kiewski a. Polen.



C. k. Sąd delegowany miejski Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Bolesława Placera, że przeciw niemu p. Ch. L. Cypress o zapłatę sumy 210 zł. z p. n. dnia 29 października 1861 do l. 13298 wniósł pozew, w załatwieniu tegoż pozwu termin do rozprawy ustnej na dzień 17 marca 1862 o godzinie 10tej zrana wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd delegowany miejski w celu zastępowania pozwanego jak równie na koszt i niebezpieczeństwo tegoż, tutejszego adwokata pana Dra Słachetkowskiego z substytucją adwokata p. Dra Koreckiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyczajnym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie obrał i o tém c. k. Sądowi deleg. miejskiemu doniósł w ogóle zaś aby wszelkich możebnych środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wyniki z zaniechania skutki sam sobie przypisać musi.

Kraków, dnia 11 lutego 1862.

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż właściciele dóbr Kołaczyc jako: Józef Nowotny w imieniu własnym oraz jako ojciec małoletnich: Józefa Wiktora 2 imion, Maryi Sionii 2 imion i Władysława Nowotnych, przeciw Annie Deschler, co do życia i miejsca pobytu niewiadomą, a ewentualnie przeciw jej spadkobiercom podobnie co do życia i miejsca pobytu niewiadomą o extabulację sumy 1000 złr. WW. z dóbr Kołaczyc, oraz uwolnienie kwoty 460 złr. mk. na pokrycie rzeczonych sumy tychże dóbr zatrzymanej, pod dniem 4go lutego 1862 do l. 1843 skargę wniósł i o pomoc sądową prosił, w skutek czego termin do ustnego postępowania na dzień 27 marca 1862 o godzinie 9tej zrana wyznaczony został.

Ponieważ pobyt pozwaney Anny Deschler i jej spadkobierców nieznajomym jest, przeto przetranszował tutejszy Sąd dla zastępcstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego adwokata p. Dra Jarockiego z substytucją adwokata p. Dra Serdy na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypominam się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu kuratorowi udzielił, lub innego obrońcę sobie obrali i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronięcia prawem przepisane środki użyczy inaczey z jego opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisać musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.  
Tarnów, dnia 12 lutego 1862.

C. k. Sąd powiatowy w Podgórzu uwiadamia niniejszym niewiadomych z nazwiska i miejsca pobytu spadkobierców p. s. p. Jędrzeja Kotarbie ze Świątnik jako Maryanna Kotarbia wniósł pod dniem 15go sierpnia 1861 do l. 2400 pozew przeciw masie s. p. Jędrzeja Kotarby o zapłatę sumy 152 złr. 52 kr. mk. c. s. c. i że w skutek tego pozwu termin do sumarycznej rozprawy na dzień 28go maja 1862 o godzinie 9 przedpołudniem wyznaczon, ustanowiwszy kuratorem dla zapozwanych masy c. k. Notaryusza w Podgórzu p. Siedleckiego.

Wzywa się zatem z nazwiska i miejsca pobytu niewiadomych spadkobierców, ażeby na powyższym terminie albo sami stanęli, albo ustanowionemu kuratorowi środki do obrony udzielił albo też innego pełnomocnika obrali w przeciwnym bowiem razie wyniki z zaniechania skutki sami sobie będą musieli przypisać.

Podgórze, dnia 4 lutego 1862.

Wom f. f. Bezirksamt als Gericht zu Leżajsk wird der f. f. Notar Dr. Felician Polanski vom 1. März 1862 angefangen zum Gerichtscommissar Befußt Bornahme der im §. 183 lit. a. N. D. bezeichneten Acte in Verlassenschaftsachen für alle in der Stadt und im Bezirk Leżajsk, als: Bidaczów, Baranówka, Brzoza królewska, Brzycka wola, Chodaczów, Dembno, Dornbach, Gilarowa, Gillerhof, Grodzisko Martt, Grodzisko górne, Grodzisko dolne, Gwizdów, Hucisko, Jastrzebiec, Jelna, Königsberg, Kuryłowa, Laszczyn, Łukowa, Opalenisko, Ozanna, Przchojec, Ruda, Ruchów, Sarzyna, Siedlanka, Staremiasto, Wierzawice, Wulka grodziska, Wulka niedzwiecka und Wola zarczycka vorkommenden der Gerichtsbarkeit dieses f. f. Bezirksgerichtes zufallenden Verlassenschaftsachen bestellt, wovon auch sämtliche Interessenten zur weiteren Richtschnur verständigt werden.

Leżajsk, am 24. Februar 1862.

In der Buchdruckerei des „CZAS.“

Wom f. f. Bezirksamt in Kenty als Gericht und Nachlass-Abhandlungs-Instanz nach Stanislaus Drzewicki aus Osiek Wadowicer Kreises, wird die abwesende Victoria Drzewicka in Kenntniß gesetzt, daß zur Wahrung ihrer Rechte auf die, aus den obigen Masse erwachsenen Partikularnachlass nach Marianna respective Valentin Jurczyk nach Ludowica Duraczek und nach Johann Drzewicki zu denen sich dieselbe bisher nicht erkundigte, derselben ein Curator in Person des Franz Lekki aus Osiek gemäß §. 131 des kais. Pat. vom 9. August 1854 bestellt wurde, dieselbe wird daher aufgefordert binnen einem Jahre von der dritten Einschaltung dieses Edictes gerechnet entweder persönlich bei diesem Gericht zur Erbschaftserklärung zu erscheinen, oder einen Bevollmächtigten hierzu zu bestellen, ansonst die mangelnde Erbschaftserklärung durch den aufgestellten Curator erkattet die Abhandlung obiger Massen geschlossen und den ihm gebührende reine Nachlass bis zum Beweise ihres Todes oder bis zur erfolgten Todeserklärung für sie bei Gericht aufbewahrt würde.

K. f. Bezirksamt als Gericht.  
Kenty, am 17. März 1861.

Wom f. f. Bezirksamt als Gericht Mogila wird hiemit bekannt gemacht, daß über die von dem Krafauer f. f. Landesgerichte anher mitgetheilten Requisitionen v. 24. December 1861 33. 22733, 22734 und 22735 in den Rechtsachen der Fr. Rebeka Silberfeld wider Fr. Juste Gräfin Potocka wegen 750 fl. oder 187 fl. 50 kr. 3. W. f. N. G. ferner 800 fl. oder 200 fl. 5. W. f. N. G. und endlich 310 fl. 55 1/2 kr. 3. W. f. N. G. die executiv öffentliche Feilbietung der der Schuldnerin gepfändeten und abgeschätzten Fahrnisse, als: 30 Koros Weizen, 50 Koros Korn und 400 Zentner Kleben in 2 Terminen am 6. März 1862 und 20. März 1862 jedesmal um 10 Uhr Vormittags zu Kosielniki in dem herrschaftlichen Hause NO. 1 abgehalten werden wird und die obbesagten Fahrnisse werden, falls der 1. Termin fruchtlos verstreichen sollte, am 2. Termine auch unter dem Schätzungswerte veräußert werden.

Krafau, am 9. Februar 1862.

Wom f. f. Krafauer Landesgerichte wird der dem Leben und Aufenthalte nach unbekannten Hrn. Georg Przyborski und Frau Susanna Przyborska, so wie deren allfälligen Erben, Namen und Aufenthaltsorte nach unbekannten Erben und Rechtsnehmern mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselbe Frau Christine Gräfin Zelenka wegen Anerkennung, daß alle den Eheleuten Georg und Susanna Przyborskie aus dem, mit der Frau Christine Gräfin Zelenka am 10. September 1825 bezüglich der Güter Tomice geschlossenen Pachtverträge zutreffenden Rechte verjährt und erloschen und aus dem Lastenstande der Güter Tomice des ehemaligen Wadowicer Kreises dom. 39 pag. 405 n. 13 on. zu extabuliren sind, am 9. Februar 1862 3. 2575 die Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung auf den 1. April 1862 um 10 Uhr Vormittags hiergerichts anberaumt wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten Hr. Georg Przyborski und Frau Susanna Przyborska so wie deren allfälligen Erben und Rechtsnehmer unbekannt ist, so hat das f. f. Landesgericht zu deren Vertretung und auf ihre Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Alth mit Substituierung des Hrn. Advokaten Dr. Korecki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem f. f. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschrittmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Krafau, am 10. Februar 1862.

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski p. Magdale nie Johannot de Ottenbach, Joannie z Johannotów Schönsfeldowej i Edwardowi Johannot co do życia i miejsca pobytu niewiadomym lub ich spadkobiercom, domowi handlowemu Grahner i Dörstling obecnie co do istnienia i miejsca pobytu niewiadomemu, oraz spadkobiercom i prawonabywcom losów odnoszących się do sprzedaży loteryjnej dóbr Kołaczyc z przyl., co do nazwiska i miejsca pobytu niewiadomym lub ich spadkobiercom niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż pan Józef Nowotny w imieniu własnym, oraz jako ojciec małoletnich Józefa Wiktora dw. imion, Maryi Sionii dw. imion i Władysława Nowotnych w Nawięciu obwodzie Tarnowskim mieszkający, przeciw nim o wykreślenie ze stanu biernego dóbr Kołaczyc z przyległościami praw i obowiązków z zapowiedzianej w roku 1827 sprzedaży loteryjnej

Metereologische Beobachtungen.

Zeit	Barom.-Höhe auf in Parak. Linie 0° Reaumur red.	Temperatur nach Reaumur	Speicif. Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Wärme im Laufe d. Tage von bis
2 2	326 17	- 20	100	Di schwach	Heiter mit Wolken		
10	24 17	- 20	100	West	"		
3 6	23 21	- 20	99	"	"	Nebel	- 98 - 08

tychże dóbr wypływających z przynależnościami pod dniem 4 lutego 1862 do l. 1865 skargę wniósł i o pomoc sądową prosił, w skutek czego termin do ustnej rozprawy na dzień 8go maja 1862 o godzinie 9tej rano naznaczonym został.

Ponieważ pobyt zapozwanych niewiadomym jest, przeto przetranszował tutejszy Sąd dla zastępcstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego adwokata p. Dra Jarockiego z substytucją adwokata p. Dra Rutowskiego z substytucją adwokata p. Dra Jarockiego na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypominam się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił lub też innego obrońcę obrali i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronięcia prawem przepisane środki użyczy, inaczey z jego opóźnienia wynikłe skutki sami sobie przypisać musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 12. lutego 1862.

Zur provisorischen Besetzung der bei dem hiesigen Magistrat erledigten Polizeischützenstelle mit welcher ein jährlicher Lohn von 120 fl. österr. Währ. und der Bezug der systemisirten Montour verbunden ist, wird der Concurs bis Ende März 1862 ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten haben ihre Gesuche bis zum obigen Termine hieramts einzubringen und sich über ihr Alter und Gesundheitsbeschaffenheit, ihre bisherige Verwendung und Moralität, die Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache, dann der Handschrift auszuweisen.

Magistrat, Wieliczka, am 19. Februar 1862.

Wom f. f. Rzeszower Kreis-Gerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Wolf Rosenbluth Geschäftsmann aus Leżajsk wegen Zahlung einer Wechselsumme von 800 fl. 5. W. f. N. G. der Geschäftsmann Chaske Rothmann unterm 13. November 1861 zur 3. 6365 eine Klage angebracht und am richterliche Hilfe gebeten, worüber die Zahlungsaufgabe um 14. November 1861 erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Wolf Rosenbluth nachdem er Schuldenhafter Leżajsk verlassen hat, unbekannt ist, so hat das f. f. Kreis-Gericht über Vergehen des Klägers zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen f. f. Notar Hrn. Pogonowski unter Substituierung des f. f. Notars Hrn. Holzer als Curator bestellt, ihm jene Zahlungsaufgabe zugestellt und mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte Wolf Rosenbluth erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschrittmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Wom f. f. Kreisgerichte.

Rzeszów, am 12. December 1861.

Wom f. f. Tarnower Kreisgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider den dem Aufenthalte nach unbekannten Jakob Lieber und für den Fall dessen Todes, dessen dem Namen und Wohnorte nach unbekannten Erben, Abraham Stieglitz unterm 25. Jänner 1862 eine Wechselklage auf Zahlung der aus der größeren Wechselsumme von 798 fl. 18 kr. CM. oder 838 fl. 21 1/2 kr. herrührenden Restsumme von 222 fl. 60 kr. 5. W. sammt 6% Zinsen vom 10. März 1859 als dem Verfallstage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber der Zahlungsauftrag unterm 6. Februar 1862 3. 1349 erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Jakob Lieber respective seiner allfälligen Erben unbekannt ist, so hat das f. f. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Landes- und Gerichts-Advokaten Hrn. Dr. Rosenberg mit Substituierung des Landes- und Gerichts-Advokaten Herrn Dr. Jarocki zum Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der Verordnung des Justiz-Ministeriums vom 25. Jänner 1850 Nr. 52 des R. G. B. des Verfalls in Wechselachen verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschrittmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des f. f. Kreisgerichts.

Tarnów, am 6. Februar 1862.

## Dank sagung.

Er. Hochwohlgeboren dem Herrn f. f. Bezirks-Vorsteher in Saybusch sehe ich mich verpflichtet, für die bemühte thätige Lebensrettung meinen innigsten schuldigen Dank hiermit auszudrücken.

Saybusch, am 21. Februar 1862.

(3577. 3)

Franz Herget.

## Wiener - Börse - Bericht

vom 1. März.  
Oeffentliche Schuld.  
A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl. . . . .	65.30	65.40
Aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl. . . . .	84.20	84.30
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl. . . . .	—	—
Metalliques zu 5% für 100 fl. . . . .	70. —	70.20
ditto. 4 1/2% für 100 fl. . . . .	61.75	62. —
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl. . . . .	139. —	139.50
" 1854 für 100 fl. . . . .	90.75	91.25
" 1860 für 100 fl. . . . .	96.75	96.25
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr. . . . .	16.50	17. —

## B. Der Kronländer.

Grundentlastungs- u. Obligationen.	
von Mele. Österr. zu 5% für 100 fl. . . . .	88.50 89. —
von Mele. zu 5% für 100 fl. . . . .	89.50 90. —
von Schleien zu 5% für 100 fl. . . . .	88. — 88.50
von Steiermark zu 5% für 100 fl. . . . .	88. — 88.50
von Tirol zu 5% für 100 fl. . . . .	96. — 97. —
von Kärnt. Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl. . . . .	87. — 88.50
von Ungarn zu 5% für 100 fl. . . . .	71. — 71.50
von Tem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl. . . . .	74.50 75. —
von Galizien zu 5% für 100 fl. . . . .	69.30 69.50
von Temeser Banat 5% für 100 fl. . . . .	69.50 69.75
von Siebenb. u. Bufowina zu 5% für 100 fl. . . . .	67.75 68.50

## Actien.

	br. St.	820. —	822. —
der Nationalbank. . . . .		198.50	198.70
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W. . . . .		615. —	617. —
der österr. Compt. - Gesellsch. zu 500 fl. österr. W. . . . .		2137	2139
der österr. Staatsbank-Gesellsch. zu 200 fl. österr. W. . . . .		274. —	275. —
der österr. Kreditbank zu 200 fl. österr. W. . . . .		155. —	155.50
der österr. Kreditbank zu 200 fl. österr. W. . . . .		127.50	128. —
der österr. Kreditbank zu 200 fl. österr. W. . . . .		147. —	147. —
der österr. Kreditbank zu 200 fl. österr. W. . . . .		273.50	274.50
der österr. Kreditbank zu 200 fl. österr. W. . . . .		195. —	195.50
der österr. Kreditbank zu 200 fl. österr. W. . . . .		433. —	435. —
der österr. Kreditbank zu 200 fl. österr. W. . . . .		226. —	228. —
der österr. Kreditbank zu 200 fl. österr. W. . . . .		396. —	398. —
der österr. Kreditbank zu 200 fl. österr. W. . . . .		400. —	402. —

## Wandbriete

	10jährig zu 5% für 100 fl. . . . .	103. —	103.25
der Nationalbank. . . . .		97.50	98. —
der Nationalbank. . . . .		91. —	91.50
der Nationalbank. . . . .		85.50	85.75
der Nationalbank. . . . .		79. —	80. —

## Wote

	100 fl. österr. Währung. . . . .	127.90	128.10
der Nationalbank. . . . .		97.75	100.25
der Nationalbank. . . . .		126. —	127. —
der Nationalbank. . . . .		54.50	55. —
der Nationalbank. . . . .		38.75	39. —
der Nationalbank. . . . .		10. —	10.50
der Nationalbank. . . . .		39.50	40. —
der Nationalbank. . . . .		39.75	40. —
der Nationalbank. . . . .		37. —	37.50
der Nationalbank. . . . .		37.25	37.75
der Nationalbank. . . . .		22.00	23. —
der Nationalbank. . . . .		24.75	25.25
der Nationalbank. . . . .		6.75	7. —

## 3 Monate.

	Bank-(Basis)-Sconto	116.50	116.75
Angsburg, für 100 fl. österr. Währ. 3 1/2% . . . . .		116.85	117. —
Frankf. a. M., für 100 fl. österr. Währ. 3% . . . . .		103. —	103. —
Hamburg, für 100 fl. österr. Währ. 3% . . . . .		137.90	137. —
Paris, für 100 Francs 5% . . . . .		54.65	54.70

## Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours	Reiter Cours
Russische Münz-Dufaten . 6 fl. . . . .	6.54	6.55
vollw. Dufaten . 6 fl. . . . .	6.54	6.55
Krone . . . . .	19. —	19.15
20grathaler . . . . .	10.97	11.11
Russische Imperiale . . . . .	11.30	11.32
Silber . . . . .	36.25	126.50

## Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. November 1861 angefangen bis auf Weiteres.

## Abgang:

von Krafau nach Wien und Breslau 7 Uhr Früh, 3 1/2 Min. Nachm. ; — nach Warschau 7 Uhr Früh ; — nach Odrau und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45 Min. Früh ; — nach Rzeszów 6 Uhr 15 Min. Nachm. ; — nach Lemberg 8 Uhr 30 Min. Abends, 10 Uhr 30 Min. Vorm. ; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.
von Wien nach Krafau 7 Uhr Früh, 8 Uhr 30 Min. Nachm.
von Odrau nach Krafau 11 Uhr Vormittags.
von Granica nach Krafau 6 Uhr 30 Min. Früh, 2 Uhr 6 Minuten Nachmittags.
von Krafau nach Granica 10 Uhr 15 Min. Nachmittags, 1 Uhr 48 Min. Nachmittags, 7 Uhr 56 Min. Abends.
von Rzeszów nach Krafau 1 Uhr 40 Min. Nachmittags.
von Lemberg nach Krafau 4 Uhr Früh, 5 Uhr 10 Min. Nachmittags.

## Ankunft:

in Krafau von Wien 9 Uhr 45 Minuten Früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends ; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends ; — von Odrau über Oberberg nach Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends ; — von Rzeszów 7 Uhr 40 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachmittags ; — von Wieliczka 6 Uhr 40 Min. Abends.
in Rzeszów von Krafau 11 Uhr 34 Min. Vorm.
in Lemberg von Krafau 9 Uhr 30 Minuten Früh, 9 Uhr 15 Minuten Abends.

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.